



Westmedien zum Missbrauch der Psychiatrie in der DDR

1. Juli 1976

Information Nr. 487/76 über Bestrebungen gegnerischer Kreise, die DDR international zu diskriminieren

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 2517, Bl. 1–5.

Serie

Informationen.

Verteiler

Information nicht extern verteilt – ZAIG-Vorschlag (Vermerk im Dokumentenkopf): Honecker, Lamberg, Fischer – MfS: Mittag, HA IX, Ablage.

Datum

Datierung durch die ZAIG (Bleistiftvermerk unter der Datumszeile).

Zu den in der Westpresse vom 29. Juni 1976, u. a. in der »Welt« und der »Berliner Morgenpost«, veröffentlichten Artikeln¹ über die angebliche Einweisung von DDR-Bürgern, die »Kritik« an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR geübt hätten, in Nervenheilstätten,² hat die Überprüfung durch das MfS Folgendes ergeben:

[Das MfS geht in diesem Bericht detailliert auf die einzelnen Fälle ein, begründet gegenüber der Parteiführung, warum diese Vorwürfe unberechtigt erhoben würden und gibt das Ergebnis eigener Recherche wieder. Zur Wahrung überwiegender schutzwürdiger Interessen kann der Bericht nicht veröffentlicht werden, weil die betroffenen Personen aufgrund der damaligen Presseberichterstattung identifizierbar sind.]

1

In den genannten Zeitungsartikeln werden Erkenntnisse der »Vereinigung der Opfer des Stalinismus« (VOS) zitiert, die sie in dem Satz zusammengefasst habe: »In der DDR werden politisch unliebsame Personen seit mindestens zehn Jahren für geisteskrank erklärt und, wie es in der Sowjetunion geschieht, in Nervenheilstätten ›behandelt.« Morgenpost v. 29.6.1976, S. 2.

2

Zur Frage, ob in der DDR aus politischen Gründen Zwangspsychiatisierungen vorgenommen wurden vgl. die ausführliche Studie von Süß, Sonja: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1998. Danach gab es keinen systematischen politischen Missbrauch der Psychiatrie in der DDR, der mit der Praxis in der UdSSR gleichzusetzen wäre.